Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1917 Nr. 510 — für Anhalt und Thüringen. — Jahrgang 210

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.25 Mk. Durch die Post bezogen 3.50 Mk. für das Vierteljahr, monatlich 1.20 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Jllustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt)

Morgen-Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 20512

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 2801 während der Geschäftsstunden. Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5608 und 5609. Hauptschriftleiter: Dr. **H. Simon**, Halle

Sonnabend, 6. Oktober 1917

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Beenburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von **Otto Thiele**, Halle (Saale)

Torpedierung des englischen Panzerkreuzers „Drake"

Der gewaltige Großangriff in Flandern

Neuer Mißerfolg der Franzosen

Berlin, 5. Okt. An der flandrischen Front suchte am 4. Oktober der Engländer in gewaltigem Großangriff unter Einsatz stärkster Kräfte und aller Mittel die Entscheidung im Kampf um die U-Boot-Basis. Ein großer Teil der englischen Armee wurde hier gegen Bruchteile der deutschen Armee eingesetzt. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend tobte die erbitterte Schlacht. Hatte die Artillerievorbereitung der letzten Tage schon alles bisher Dagewesene übertroffen — nach Feststellungen Churchills vom 3. Oktober sind in der letzten Woche in Flandern viermal soviel Granaten verschossen worden als 1916 an der Somme —, so war auch die Fortsetzung des Artilleriekampfes während der Schlacht selbst von bisher nie gekannter Stärke. Im ersten Morgengrauen warf der Gegner gegen den Abschnitt Bahn Boesinghe—Staden bis zum Kanal von Hollebeke gewaltige tief gegliederte Infanteriemassen — englische, australische, neuseeländische Divisionen und Schotten — zum Angriff vor, denen starke Reserven dichtauf folgten. Alles, was die moderne Kriegstechnik an Angriffsmitteln erfunden und geschaffen hat, begleitete diesen Anprall. Durch unsere wuchtigen und kraftvoll geführten Gegenstöße wurde das erbitterte Ringen bis zum äußersten gesteigert. Den ganzen Tag über wogte der Kampf in unvermiderter Stärke hin und her. Unablässig warf der Feind neue Verstärkungen in die Schlacht und versuchte durch rücksichtslosen Menscheneinsatz die ersten Anfangserfolge zu erweitern. Poeselle, Zonnebeke und Gheluvelt schälten sich bald als Brennpunkte des erbitterten Kampfes heraus. Am späten Abend versuchte abermals der Gegner den etwa einen Kilometer tiefen Einbruch in unsere Abwehrzone zu erweitern. Um 5 Uhr 30 Min. abends warf er gegen die Fronten unseres Trichterfeldes westlich Paschendaele—Becelaere frische geschlossene Infanteriemassen zum Angriff vor. Desgleichen erfolgte um 7 Uhr beiderseits der Chaussee Ypern—Menin ein neuer Angriff, der von starken frischen feindlichen Kräften ausgeführt wurde. Wiederum entspann sich ein Ringen mit größter Erbitterung, ohne daß es dem Gegner gelang, irgend welche weiteren Vorteile zu erringen. Erst nach 10 Uhr abends flaute die Infanterieschlacht ab. Die weitgesteckten Ziele der Engländer wurden nicht im entferntesten erreicht. In der Abwehrzone unseres Trichterfeldes ist auch dieser neue Großangriff des Gegners abermals unter den schwersten Verlusten blutig zusammengebrochen. Die Leistungen und der Heldenmut unserer Truppen, die hier in Flandern in schwerstem Ringen einem vielfach überlegenen Feind gegenüberstehen, der noch vor Jahresabschluß die Entscheidung erzwingen will oder muß, ist unvergleichlich. Der Versuch englischer Berichte, ihre weitgesteckten Ziele, die die Entscheidung bringen sollen, abzuleugnen, sind bewußte Unwahrheiten und nichts weiter als eine Vorsichtsmaßregel, die durch die Erfahrung früherer Beurteilungen der Flandernschlachten geboten erscheint.

In der Nacht setzte der Feind sein Zerstörungsfeuer auf unsere Linien fort, das sich in den Morgenstunden des 4. Oktober stellenweise wieder verdichtete.

Während an der Arrasfront und in der Gegend St. Quentin nur stellenweise die beiderseitige Feuertätigkeit lebhafter wurde, erfolgte auf dem Ufer der Maas bei Einbruch der Dunkelheit nach starker Feuersteigerung der erwartete französische Angriff beiderseits der Höhe 344. Mit starken Kräften in etwa 2 Kilometer Breite rannte hier der Feind zum 12. Male innerhalb drei Tagen vergeblich gegen unsere neugewonnenen Stellungen an. Jeder Geländegewinn blieb ihm versagt. Der neue Mißerfolg kostete wieder den Franzosen hohe blutige Verluste und Einbuße an Gefangenen.

Verlorene Schiffe

Rotterdam, 5. Oktober. Der „Maasbode" meldet: Der amerikanische Segler „Hilda M. Horton", der englische Dampfer „Ravensworth", 801 Tonnen, und die Schleppdampfer „Osburg" und „James Reid" sind gesunken. Der amerikanische Schoner „Emma S. Brigge", 294 Tonnen, wurde verlassen. Der Schleppdampfer „Arion" ist gescheitert, der Segler „Cyrenx" ist gesunken, der englische Dampfer „On Sang", 2802 To., ist gesunken, der Schleppdampfer „Nyera" gesunken, der französische Dampfer „Loire", 1492 Tonnen, gestrandet und verloren, der griechische Dampfer „Eugenie S. Embiricos", 4131 Tonnen, ist gestrandet. Der norwegische Dampfer „Moniana", 7020 Tonnen, ist gesunken, die englische Bark „Colonial Empire", 2436 Tonnen, ist gestrandet und wird wahrscheinlich ein Wrack werden. Der Schleppdampfer „Wm. A. Murray" ist gesunken.

Japan verkauft keine Schiffe mehr

Kopenhagen, 5. Okt. Die japanische Regierung hat ein Verbot erlassen, Schiffe in japanischem Besitz zu verkaufen, oder Schiffe, die sich zurzeit auf japanischen Werften im Bau befinden, an ihre ausländischen Besteller abzuliefern. Japan folgt dabei dem amerikanischen Beispiel, alle erreichbare Handelstonnage unter japanische Flagge und unter staatliche Kontrolle zu stellen. Durch das Verbot wird wieder, wie durch das amerikanische, vor allem England geschädigt, das 20 große Handelsschiffe zwischen 6000 und 8000 Tonnen auf japanischen Werften bestellt hatte.

Ein englischer Panzerkreuzer versenkt

London, 4. Okt. Die Admiralität meldet: Das Kriegsschiff „Drake" wurde am Dienstag morgens an der Nordküste von Irland torpediert. Es erreichte einen Hafen und sank im seichten Wasser. Die Explosion tötete einen Offizier und 18 Mann. Die übrigen wurden gerettet.

Der englische Panzerkreuzer „Drake" lief im Jahre 1901 vom Stapel. Er hatte eine Größe von 14 300 Tonnen, eine Schnelligkeit von 24,6 Seemeilen und eine Besatzung von 900 Mann. Die Bestückung bestand aus zwei 23,4-, sechzehn 15,2- und zwölf 7,6-Zentimeter-Schnellladekanonen.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 5. Okt., abends. (Amtlich.) In Flandern lebhafter Feuerkampf zwischen Yser und Lys.

Sonst keine wesentlichen Ereignisse.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 4. Okt. Amtlich wird verlautbart:

Keine größeren Kampfhandlungen.

Der Chef des Generalstabes.

Kaiserliches Handschreiben an Hindenburg

Berlin, 5. Okt. (Amtlich.) Der Kaiser an Generalfeldmarschall v. Hindenburg: Mein lieber Generalfeldmarschall! Zum heutigen Tage, an welchem Sie das 70. Lebensjahr vollenden, spreche ich Ihnen meine wärmsten und herzlichsten Glückwünsche aus. Möchten Sie mir, der Armee und dem Vaterlande noch viele Jahre in voller Frische und Gesundheit erhalten bleiben! Es ist mein Wunsch, Ihnen, mein lieber Feldmarschall, noch eine persönliche Freude zu bereiten. Ich weiß, daß treue kameradschaftliche Beziehungen Sie mit dem Oldenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 91 verknüpfen, dessen ausgezeichneter Kommandeur Sie gewesen sind und dessen Ausbildung für den Krieg, die sich jetzt so glänzend bewährt, auch Sie Ihre Kraft gewidmet haben. Ich stelle Sie daher auch à la suite dieses tapferen Regiments. Großes Hauptquartier, 2. Oktober 1917. gez. Wilhelm, Rex.

Graf Luxburg ohne freies Geleit

Buenos-Aires, 4. Oktober. Da Graf Luxburg kein freies Geleit gewährt wurde, stößt er auf Schwierigkeiten bei seiner Einschiffung. Er hat daher gebeten, auf einer Farm im Innern des Landes bleiben zu dürfen, was die Regierung abgelehnt hat. Man glaubt, daß Graf Luxburg morgen im Auto nach Chile abreisen wird.

Der Papst und die Entente

Rom, 4. Okt. Nach dem „Nieuwen Rotterdamschen Courant" erfährt „Daily Telegraph" aus Rom vom 2. Oktober, daß der Papst tatsächlich der Entente seine Vermittlung angeboten habe, ohne ihre Antwort abzuwarten.

Schmutzige Wäsche in der französischen Kammer

Vertrauensvotum für die Regierung

Paris, 4. Okt. Deschanel verlas in der Kammer eine Interpellation Poncet über die Angelegenheit Bolo und fügte hinzu, es sei eine weitere Interpellation Malvy über den gleichen Gegenstand eingegangen. Nachdem die Kammer die sofortige Erörterung beschlossen hatte, wurde vom Ministerpräsidenten auf Wunsch der Kammer ein Brief des Chefredakteurs der „Action Française", Dondel, verlesen. Darin wird Malvy beschuldigt, seit drei Jahren Deutschland alle Geheimnisse ausgeliefert zu haben, und versichert, bezüglich Malvy und Leymaries, des Direktors der allgemeinen Sicherheit, seien Beweise für Hochverrat im Ueberfluß vorhanden. Malvy habe in das Kriegsamt eintreten wollen, um der deutschen Heeresleitung den Plan des Angriffes am Chemin-des-Dames zu liefern.

Nach Erledigung der Interpellation Poncet-Malvy über die Angelegenheit Bolo nahm die Kammer mit 350 Stimmen eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Poincare wird bescheidener

Genf, 5. Okt. In Lorient hielt Poincaré eine Rede, die nach französischen Blättern u. a. die Wendung enthalten hat, daß sich Frankreich eventuell mit dem Siege französischer Ideen und französischer Kultur bescheiden werde, falls nicht alle Kriegsziele erreichbar wären.

Das preußische Herrenhaus und die Demokratie

Eine neue Sorge ist unseren Demokraten erwachsen. Kaum ist ihnen von halbamtlicher Seite die Zusicherung gegeben worden, daß die von ihnen so heiß ersehnte Umgestaltung des preußischen Landtagswahlrechts auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts Ende dieses oder Anfang nächsten Monats durch die Vorlegung eines Gesetzentwurfes der Erfüllung zugeführt werden soll, so fällt ein Tropfen Wermuth in den Becher ihrer Freude. Diese Aenderung des preußischen Wahlrechts soll nämlich angeblich verknüpft werden mit einer „Reform" des Herrenhauses, die den Männern vom Schlage des „Berliner Tageblattes", der „Frankfurter Zeitung" und des „Vorwärts" nicht paßt, ja die ihnen die Errungenschaft des Reichstagswahlrechts für das Abgeordnetenhaus als wertlos erscheinen läßt. Aus gewissen Angaben schließen diese Blätter, daß die Umgestaltung des Herrenhauses in der Weise geplant sei, daß es unter Einengung des Königlichen Berufungsrechtes eine ständische Grundlage erhält, wobei neben den aus Wahlen hervorgehenden Vertretungen der einzelnen Berufsstände eine Reihe anderer Vertretungen geschaffen würde, die den agrar-konservativen Kreisen der Bevölkerung ein starkes Uebergewicht sicherten.

Wir wissen nicht, in welche Richtung die Pläne der Regierung gehen, erachten aber den — bekanntlich von dem verstorbenen Finanzminister Dr. Miquel für die Umgestaltung der Volksvertretung gehegten — Gedanken einer Verlegung des parlamentarischen Schwerpunkts nach der wirtschaftlichen Seite hin, in die Berufsstände mit gewissen Einschränkungen für durchaus erörterungswert. Wenn dabei dem bodenständigen Element, also der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handwerk, ein Uebergewicht gegenüber dem flutenden, wechselnden, mehr oder weniger rein politischen Elemente zufiele, so wäre das bei der wachsenden Bedeutung der wirtschaftlichen Fragen nicht von Schaden. Namentlich nicht angesichts der „Demokratisierung" des Abgeordnetenhauses. Diese Möglichkeit genügt aber schon unserer Demokratie, um Zeter und Mordio über die „reaktionären Pläne" der Regierung zu schreien. Das „Berliner Tageblatt" erklärt, unter diesen Umständen habe das Zugeständnis in der Wahlrechtsfrage für das Abgeordnetenhaus nur einen „platonischen" Wert, denn dann würde sich die alles überragende Machtstellung der Konservativen in Preußen nur verschieben, und am Ende bliebe alles so ziemlich beim alten. Die „Frankfurter Zeitung" erkennt in den angeblichen Plänen der Regierung nur die Absicht, das Schwergewicht der Hemmnisse einer zeitgemäßen Entwicklung Preußens aus dem Abgeordnetenhause in das Herrenhaus zu verlegen und dieses zur „Zufluchtsstätte der Reaktion" zu machen. Das Demokratenblatt erhebt „grundsätzlich" als erste Forderung: die Beseitigung des „längst petrefakt gewordenen" (versteinerten) Oberhauses; mindestens müsse dieses, da die ständische Vertretung durchaus „überaltert" sei, eine auf freien Wahlen beruhende Zusammensetzung erfahren.

Man sieht, wie diese „liberalen" Politiker alle politischen Maßnahmen nur vom Standpunkte ihrer Partei aus beurteilen, wie sie grundsätzlich und von vornherein alles beiseite schieben, was die Herrschaft der Masse beeinträchtigt. Darum nehmen sie auch die groteskesten Verrenkungen ihrer bisherigen „Prinzipien" in den Kauf, indem sie auf einmal zu Verfechtern der Kronrechte werden. Sie stemmen sich gegen eine Beschränkung des Königlichen Berufungsrechtes, das ihnen früher als offensichtlichste Verneinung des parlamentarischen Gedankens erschien. Sie jammern darüber, daß bei einer Beschränkung dieses „Kronrechts" kein „Pairsschub" mehr möglich sei — um, wie das „Berliner Tageblatt" sagt, „eine konservative Fronde im Herrenhaus zu brechen". Die „Frankfurter Zeitung" klagt, daß damit „eines der Mittel, deren bloßes Vorhandensein mildernd auf Zwistigkeiten zwischen Ober- und Unterhaus einwirke", wegfalle. Die Beseitigung einer Beschränkung des Königlichen Berufungsrechtes, so meinte das „Berliner Tageblatt", wäre das erste, was seines Erachtens die Linke anstreben müßte. Man könnte über diese neuen Thronwächter lachen, wenn die Sache nicht einen so ernsten Hintergrund hätte. Auch die Krone soll in den Dienst der demokratischen Parteien gestellt werden. Mit der Zeit werden wir es auf diesem Wege noch herrlich weit bringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191710061-16/fragment/page=0001

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 5. Oktober 1917.

Am Bundesratstische: v. Krause, Dr. Wallraf.

Präsident **Dr. Kaempf** eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 25 Minuten.

Auf der Tagesordnung standen zunächst kurze Anfragen.

Auf die Anfrage des Abg. **Stahl** (Soz.) über das Explosionsunglück in Hennigsdorf erwiderte

General **Coupette**: Im Orte selbst liegen keine Betriebe mehr, nur noch am Rande des Ortes. Zur Vermeidung derartiger Unfälle werden entsprechende Sicherungsanordnungen getroffen. Ein Überwachungsausschuß ist eingesetzt und es ist dafür gesorgt worden, daß nur die unbedingt notwendigen Mengen Sprengstoff in solchen Betrieben angesammelt sein dürfen.

Abg. **Spiegel** (Soz.) fragte nach einer Verordnung des stellvertretenden kommandierenden General des VII. Armeekorps in Münster über ein Verbot der Versendung von Druckschriften und Vervielfältigungen, welches die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen beschränke.

Oberst **Waitz**: Eine solche Einschränkung der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen ist nicht vorgenommen worden.

Abg. **Kunert** (Unabh. Soz.) stellte eine Anfrage über das Verbot von Versammlungen der unabhängigen Sozialdemokratie zur Berichterstattung über die Tätigkeit des Reichstags, den Frieden usw.

Ministerialdirektor **Dr. Lewald**: Verbote solcher Versammlungen sind im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassen worden.

Auf eine ergänzende Anfrage des Abg. **Kunert** erklärte Ministerialdirektor **Dr. Lewald**: Die Entscheidung in solchen Fragen liegt beim stellvertretenden Generalkommando. Grundsätzliche Anordnungen zu Ungunsten der unabhängigen Sozialdemokratie sind nicht ergangen. (Unruhe links. Zurufe: Doch!)

Abg. **Vogtherr** (Unabh. Soz.) fragte nach einer Anweisung des Oberkirchenrates an die Pfarrer, die Bevölkerung dahin aufzuklären, daß die zur Bierbereitung noch gebrauchten Gerstenmengen unerheblich seien, sowie, daß Bier nicht nur ein Genuß- sondern auch ein Nahrungsmittel sei, und fragte nach der ablehnenden Haltung der Kreissynode Dortmund gegenüber der Anweisung des Oberkirchenrates.

Unterstaatssekretär **Freiherr v. Braun**: Es handelt sich nicht um eine Lehrmeinung, sondern um eine Anordnung des Reichskanzlers. Ein Verstoß liegt nicht vor.

Abg. **Held** (Natl.) beschwerte sich über Schließung von Ölmühlen.

Unterstaatssekretär **Freiherr v. Braun**: Ausschlaggebend für die Schließung von Ölmühlen ist die Kohlenersparnis. Wo diese nicht in Frage kommt, z. B. bei Wassermühlen, wird die Anordnung nicht durchgeführt.

Abg. **Bock** (Soz.) fragte wegen ungenügender Unterstützung von Familien der Kriegsteilnehmer durch die Gemeinden.

Ministerialdirektor **Dr. Lewald**: Es schweben Erwägungen, um für die Wintermonate die Mindestsätze der Unterstützungen zu erhöhen.

Abg. **Dittmann** (Unabh. Soz.) fragte nach dem Verbot einer Broschüre „Reichstag und Reichskanzler über die Kriegsziele“ durch den Polizeipräsidenten von Stettin.

Oberst **Waitz**: Die Angelegenheit unterliegt zur Zeit der Prüfung.

Abg. **Dr. Quarck** (Soz.) fragte wegen Erhöhung der Stellenvermittlungsgebühren zu Ungunsten der weiblichen Angestellten.

Ministerialdirektor **Dr. Caspar**: Die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes sind nicht verletzt worden. Im übrigen schweben Ermittlungen.

Abg. **Spiegel** (Soz.) fragte nach einer Verordnung des stellvertretenden kommandierenden Generals des VII. Armeekorps in Münster, die den Versuch, Arbeiter und Arbeiterinnen in für Heeresbedarf tätigen Betrieben zum Aufgeben oder Wechseln ihrer Arbeitsstelle zu veranlassen, unter Strafe stellt.

Generalmajor von Marquart: Die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen oder die Freizügigkeit der Arbeiter soll durch diesen Erlaß nicht eingeschränkt werden. Es soll nur die wilde Anwerbung von Arbeitern verhindert werden.

(Der Reichskanzler betrat den Saal.)

Das Haus trat hierauf in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Nachtragsetat zum Reichshaushaltsetat (Teilung des Reichsamts des Innern, Posten eine Vizekanzlers usw.) ein.

Abg. **List-Eßlingen** (Natl.) erstattete den Bericht des Ausschusses.

Reichskanzler **Dr. Michaelis**: Es ist nicht beabsichtigt, eine Zwischeninstanz zu schaffen zwischen dem Reichskanzler und seinen Stellvertretern, insbesondere ist nicht beabsichtigt, ein Vorgesetztenverhältnis des Vizekanzlers zu konstruieren. Dem Stellvertreter des Reichskanzlers sollen lediglich allgemeine Befugnisse übertragen werden, die den Staatssekretären nicht übertragen sind. Der Nachtragsetat ist lediglich aus praktischen Erwägungen heraus entstanden. Es hat sich während des Krieges eine weitreichende Verschiebung der Kompetenzen herausgebildet, die ihren Niederschlag findet in der Gründung neuer Ämter, wie des Kriegsernährungsamtes, des Kriegsamtes, der Kommission für die Übergangswirtschaft. Eine einheitliche Leitung ist notwendig. Gewisse Richtlinien müssen gewahrt werden. Der Reichskanzler ist selbstverständlich nicht mehr in der Lage, die Zentralisierung so in der Hand zu behalten, wie es nötig ist. Zu den eigenen Aufgaben kommt im Hinblick auf die Friedensverhandlungen ein solches Maß von neuen Aufgaben hinzu, die überhaupt nicht zu übersehen sind für denjenigen, der nicht darin steht. Es wird einer zielbewußten Leitung bedürfen, um die gewaltigen Aufgaben zu bewältigen. Die Arbeiten des Auswärtigen Amtes, des Reichsamts des Innern, der Obersten Heeresleitung, des Reichsschatzamtes usw. müssen in einer systematischen Leitung beim Reichskanzler zusammenlaufen. Es soll ein Stellvertreter eingesetzt werden, der frei ist von der Last eines Staatssekretariates im bisherigen Sinne.

Einer zeitlichen Abgrenzung des Vizekanzleramtes vermag ich nicht zu widersprechen. Mit Ablauf von ein oder zwei Jahren wird die Arbeit aber nicht beendet sein. Deshalb hielt ich es für korrekter, den Weg der Bewilligung durch einen Nachtragsetat zu beschreiten. Sollte die Bewilligung nur bis zum Ende des nächsten Jahres geschehen, so kann ich mich trotzdem damit einverstanden erklären. Die Hauptsache ist, daß mir der Stellvertreter bewilligt wird. Die Arbeit drängt und es heißt, daß der, der am besten gerüstet in die Verhandlungen hineintritt, im Vorteil ist vor den Anderen. Auch hier heißt es, daß bereit sein, alles ist. (Beifall.)

Abg. **Dr. David** (Soz.): Der Nachtragsetat bedeutet eine völlige Umgestaltung der Reichsverfassung. Namentlich die Vertreter der mittleren und kleinen Bundesstaaten im Reichsorganismus werden noch ohnmächtiger als bisher. Der Reichstag wurde wieder vor eine fertige Tatsache gestellt. Der Teilung des Reichsamts des Innern, dem Ausbau des Reichsjustizamts und der Angliederung des Patentamts und des Heimatsamts an das Reichsjustizamt stimmen wir zu. Wir hätten die Dreiteilung: Reichsamt des Innern, Amt für Handel und Industrie und Reichsarbeitsamt gewünscht. Letzteres muß die Sozialpolitik bearbeiten. Man befürchtet nun ein zu schnelles sozialpolitisches Tempo. Die zahlreichen Wunden unseres Volkslebens müssen durch sozialpolitische Maßnahmen geschlossen werden. Wir wollen hierfür keinen Unterstaatssekretär, sondern einen verantwortlichen Minister. Die neue Instanz des Vizekanzlers macht die Verhandlungen mit den Staatssekretären noch schwieriger. Daß der Stellvertreter einen höheren Posten als die Staatssekretäre erhalten soll, beweist schon sein höheres Gehalt und die Dienstwohnung in der Wilhelmstraße. Die übrige Reform ist Stückwerk. Die Berufung der neuen Minister, die aus der Volksvertretung ausscheiden, schmeckt nach Konzessionsschulzen. Wir müssen Staatssekretäre als verantwortliche Reichsminister haben, dazu eine Verbindung zwischen Regierung und Parlament. Die Kriegszeit ist die gegebene Zeit für durchgreifende Neuordnungen.

Abg. **Herold** (Zentr.): Wir stimmen dem Regierungsvorschlage auf Zweiteilung des Reichsamtes des Innern zu. Reichswirtschaftsamt und Sozialpolitik gehören zusammen. Die Wohlfahrtspflege ist Sache der Einzelstaaten. Die Schaffung eines Vizekanzlers rechtfertigt sich nur aus den außergewöhnlichen Verhältnissen. Eine Befristung halten wir für die Stelle für unerläßlich.

Abg. **Dove** (Fortschr. Vpt.): Gegenwärtig genügt die Zweiteilung des Reichsamts des Innern. Gegen die Schaffung eines Reichsarbeitsamts sind wir lediglich, weil gerade in der Übergangszeit ein Übergreifen zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik nötig ist. Die Stellung des Vizekanzlers soll keine endgültige sein. Er soll kein Vorgesetzter der Staatssekretäre sein. Wir betrachten die Vorlage als ersten Schritt auf dem Wege zur politischen Ausgestaltung des Reiches und als geeignete Grundlage für den Wiederaufbau nach dem Kriege.

Abg. **Graf Westarp** (Kons.): Es handelt sich hier nicht um eine Verfassungsänderung, sonst könnten wir der Vorlage nicht zustimmen. Wir halten den jetzigen verfassungsmäßigen Zustand in unserer Regierung für den richtigen. Die Stellung des Vizekanzlers sehen wir als nur für besondere Aufträge und Aufgaben geschaffen an. Wirtschafts- und Sozialpolitik hängen eng zusammen. Eine Überstürzung der Sozialpolitik befürchten wir keineswegs; wir wollen allerdings die Unternehmerschaft existenzfähig erhalten.

Abg. **Graf v. Posadowsky-Wehner** (D. Frakt.): Bei der Auflösung des Reichsamts des Innern hätte der Reichstag vorher gehört werden müssen. Die Arbeiten dieses Reichsamtes werden von besonderen Anstalten bearbeitet, die den Staatssekretär nicht belasten. Eine Entlastung könnte auf anderem Gebiete erfolgen. Auch der jetzige Staatssekretär sprach sich noch kürzlich gegen eine Teilung des Amts aus. Patentamt und Bundesamt für das Heimatwesen gehören als rechtsprechende Behörden in das Reichsjustizamt. In der jetzigen Fassung lehnen wir die Vorlage ab. Der Siebenerausschuß sollte baldigst verschwinden. Solche Geheimausschüsse machen den Reichstag zur Abstimmungsmaschine. Die Vorlage enthält eine Verfassungsänderung. Bisher war die Ernennung eines Stellvertreters des Reichskanzlers dem Kaiser überlassen.

(Schluß in der Abendausgabe.)

Aus dem Hauptausschuß des Reichstages

Berlin, 5. Okt. Im Hauptausschuß des Reichstages teilte der Vorsitzende heute zunächst die Antwort des Generalfeldmarschalls von Hindenburg auf das Glückwunschtelegramm des Hauptausschusses mit. Die Antwort lautet: „Vielen Dank für die Kundgebung des Hauptausschusses, die ich dankbar und freudig empfangen habe.“ In Anwesenheit des Reichskanzlers beriet der Hauptausschuß sodann den Nachtragsetat. Zur Forderung: „Kanzlerstellvertreter“ beantragte das Zentrum, die Stelle als am 31. März 1919 wegfallend zu bezeichnen. Der Antragsteller führte aus, seine Freunde hätten erhebliche Bedenken gegen die Forderung und genehmigten sie nur im Hinblick auf die in der Vollversammlung vom Staatssekretär des Reichsschatzamtes in Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler angegebenen Erklärungen, daß der Kanzlerstellvertreter nicht die vollen Rechte des Reichskanzlers erhalten solle. Nachdem ein konservativer Redner sich dieser Erklärung angeschlossen hatte, wurde der Zentrumsantrag einstimmig, sodann die Anforderungen für den Kanzlerstellvertreter gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Nach kurzer Erörterung nahm der Hauptausschuß den Rest des Nachtragsetats unter Neueinführung folgender Bestimmungen an: „Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse nach Bedarf, jedoch nicht über einen Betrag von weiteren drei Milliarden Mark hinaus, Schatzanweisungen auszugeben.“ Der sozialdemokratische Antrag auf Dreiteilung des Reichsamtes des Innern wurde abgelehnt. Die Entschließung der Nationalliberalen, die Errichtung eines Reichs-Wohlfahrtsamtes ins Auge zu fassen, wurde mit Stimmengleichheit ebenfalls abgelehnt. Ein Antrag derselben Fraktion, außer dem Patentamt auch ein Reichsamt für Heimatwesen dem Reichsjustizamt anzugliedern, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Englischer Heeresbericht

vom 4. Oktober: Heute morgen um 6 Uhr griffen wir wieder auf breiter Front östlich Ypern an. Befriedigende Fortschritte werden gemeldet. Eine Anzahl Gefangener wurde bereits gemacht.

Die sozialdemokratische Interpellation im Reichstag

Berlin, 5. Okt. Die sozialdemokratische Interpellation über die behördliche Förderung der Vaterlandspartei und über die alldeutsche Werbetätigkeit im Heere wird morgen im Reichstag durch den Abg. Landsberg begründet werden. Die Beantwortung wird, wie die „B. Z.“ wissen will, nicht durch den Reichskanzler Dr. Michaelis, sondern entgegen allen bisherigen Meldungen, durch seinen Stellvertreter Dr. Helfferich erfolgen.

Schwedischer Protest in Paris und London

Stockholm, 4. Okt. (Schwedisches Telegrammbureau.) Auf die Meldung der schwedischen Gesandtschaft in Paris, daß die französische Regierung unter Anführung des jus angariae acht schwedische Dampfer requirierte, erhielt der schwedische Gesandte in Paris die Weisung, bei der französischen Regierung Protest einzulegen. Die französische Regierung erklärte, daß das französischerseits ausgeführte jus angariae nach Ansicht der Mehrzahl der Autoritäten des internationalen Rechtes als ein veraltetes Rechtsinstitut betrachtet werden muß, jedenfalls in der von der französischen Regierung verwendeten Ausdehnung. Der Gesandte in London hat Befehl, gegen die Requisition der schwedischen Dampfer „Sourghare“ und „Annie“ zu protestieren.

Die Anziehung des veralteten jus angariae zur Erzwingung von Frondiensten schwedischer Dampfer zeigt die demokratische Gesinnung unserer Gegner in ihrem ganzen Glanze. Der Himmel bewahre Deutschland vor solchen Volksbeglückern!

Türkischer Heeresbericht

Konstantinopel, 4. Oktober. Amtlicher Tagesbericht vom 4. Oktober: An der ganzen Front heftiges Artilleriefeuer. Eine aus 30 Eskadrons Kavallerie, einem Bataillon Infanterie und zwei Batterien bestehende feindliche Abteilung versuchte am 2. Oktober ein Unternehmen gegen unseren linken Flügel, mußte sich jedoch am 3. Oktober wieder zurückziehen. An der übrigen Front keine besonderen Ereignisse.

Erlogene englische Erfolge

Konstantinopel, 5. Okt. (Amtlich.) In ihrem Bericht vom 3. Oktober behaupten die Engländer, in den Kämpfen am Irak 13 Geschütze und 12 Maschinengewehre erbeutet zu haben und erklären 3300 Mann gefangen genommen zu haben, ferner 200 Offiziere und 600 Verwundete. Diese Behauptung ist falsch. Wie gewöhnlich streuen die Engländer solche Lügen aus, um die Niederlagen wett zu machen, die sie auf der deutschen Front erleiden. Auch in ihrem Bericht vom 26. September wird eine große Anzahl Gefangener erwähnt, die in dem Abschnitt von Maan in Palästina gemacht worden sei. Aber diese Gefangene sind in Wirklichkeit nur Insassen eines entgleisten Zuges und zwar Frauen und Kinder, die dann von den Rebellen gefangen genommen wurden. Die Engländer hatten nicht diese Gelegenheit verabsäumt, um der ganzen Welt einen neuen hervorragenden Erfolg zu verkünden.

Die englischen Verlustlisten

Rotterdam, 5. Oktober. Nach dem „Nieuwen Rott. Courant“ gab die englische Verlustliste die Gesamtverluste der britischen Armee im September mit 2938 Offizieren und 109 200 Mann an, die Gesamtverluste der Flotte mit 100 Offizieren und 614 Mann. Im August betrugen die Gesamtverluste der Armee 5284 Offiziere und 62 404 Mann.

Gestrandeter englischer Munitionsdampfer

Bergen, 5. Oktober. Ein neues Diesel-Motorenschiff von 6000 Tonnen, das mit Kriegsmaterial von England nach Archangelsk unterwegs war, strandete in der Nähe von Obö, als es versuchte, einem deutschen U-Boot zu entrinnen; das Schiff ist schwer beschädigt. Die Ladung muß gelöscht werden.

Was Reuter aus Ostafrika meldet

London, 5. Okt. Der Kampf ist jetzt auf eine Ecke der Kolonie beschränkt. Die Schwierigkeiten der Verpflegung der Truppen sind überwunden. Die Engländer besetzten Masindye (?), 62 Meilen südwestlich des Hafens Kilkiwindje. Die Kavallerie steht bei Mbekuru, 120 Meilen südwestlich Kiswere. Von Lindi wurde in südwestlicher Richtung Tendala (?) erreicht. Wir besetzten Mikindani und die Rovuma-Mündung. Die Portugiesen beherrschen den Fluß von Tundrun bis zur Küste. Die Engländer halten Tundrun selbst besetzt. Die Belgier rückten bis wenige Meilen von Mahenge vor. Liwale und Messassi sind jetzt die einzigen wichtigen Punkte im deutschen Besitz. Sie werden täglich enger eingeschlossen.

Die Alliierten unter sich

London, 5. Okt. In der Generalversammlung der Gesellschaft der Roumanian Consolidated Oilfields teilte der Präsident mit, daß die Gesellschaft für die aus Gründen der Kriegführung in den Anlagen in Rumänien angerichteten Verwüstungen von der russischen Regierung eine Schadenvergütung von 1 270 724 Pfund Sterling mit 5 Prozent Zinsen vom 29. September 1916 bis zum Tage der Auszahlung beansprucht.

Kerenski auf der demokratischen Konferenz

Petersburg, 4. Okt. (Reuter.) Während der Besprechungen des Bureaus der demokratischen Konferenz erschien Kerenski und wies in einer Rede auf die Gefahren hin, die von einem rein sozialistischen Ministerium für die innere wie für die äußere Politik drohten. Er erklärte, daß nur eine Koalitionsregierung das Land retten könne. Wenn ein anderer Beschluß gefaßt würde, so würde er sich demselben unterwerfen, aber seine Entlassung verlangen, um die Regierungskrise nicht zu verlängern.

Französischer Heeresbericht

vom 4. Oktober nachmittags: Ziemlich ruhige Nacht, außer auf dem rechten Maasufer, wo die beiderseitigen Artillerien sehr tätig waren. Zur Vergeltung für die Bombenabwürfe auf Bar-le-Duc warfen unsere Flieger Bomben auf Frankfurt und Rastatt.

Vom 4. Oktober abends: Handgranatenkämpfe und Artillerietätigkeit auf der Hochfläche südlich Ailles. Ein feindlicher Handstreich westlich von La Pompelle wurde abgeschlagen. Der Artilleriekampf war die ganze Nacht hindurch auf dem rechten Maasufer sehr heftig. Am Morgen schlagen wir einen feindlichen Angriff auf einen unserer Gräben nördlich der Höhe 344 ab. Unsere Artillerie nahm feindliche Ansammlungen in dieser Gegend unter Feuer.

Orientbericht: **Ruhiger Tag an der gesamten Front.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191710061-16/fragment/page=0002

Die Ziele der Vaterlandspartei

Der Vorstand der Deutschen Vaterlandspartei hat Gelegenheit genommen, nachdem nunmehr die Organisation der Partei überall in die Wege geleitet und die Satzung auf dem ersten Parteitag endgültig festgestellt worden ist, Ziele und Aufgaben der Partei in einem Rundschreiben an die Landesvereine und Ortsgruppen nochmals klarzulegen. Diese Festlegung widerlegt am besten allerhand wahrheitswidrige Entstellungen und liefert zugleich den bündigen Beweis, daß die Partei mit innerer Politik nichts zu tun hat. Es heißt in dem Rundschreiben:

Maßgebend für das Ziel der Partei ist der § 2 der am 24. September 1917 auf dem ersten Parteitage festgesetzten Satzung. Nach ihm bezweckt die Vaterlandspartei „die Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der sonstigen politischen Parteistellung" und „will Stütze und Rückhalt sein für eine kraftvolle Reichsregierung, die nicht in schwächlichem Nachgeben nach innen und außen, sondern in deutscher Standhaftigkeit und unerschütterlichem Glauben an den Sieg die Zeichen der Zeit zu deuten weiß. Die Deutsche Vaterlandspartei will mit den bestehenden politischen Parteien nicht in Wettbewerb treten. Mit ihnen will sie zur Stärkung des Siegeswillens und zur Ueberwindung aller ihm entgegenstehenden Schwierigkeiten Hand in Hand arbeiten." Erschöpfende und authentische Erläuterung dieser Sätze findet sich in den demnächst in Druck erscheinenden Reden des Ehrenvorsitzenden, des 1. und 2. Vorsitzenden der Partei in der Versammlung am 24. September 1917 in Berlin.

Hiernach ergibt sich folgendes: 1. Die Deutsche Vaterlandspartei hat kein anderes Ziel als das: Alle Deutschen unter der Fahne des Kampfes gegen den äußeren Feind zu sammeln, den deutschen Siegeswillen zum überwältigenden Durchbruche zu bringen und den Beweis zu liefern, daß nicht eine kleine Gruppe mit parteipolitischen oder egoistischen Beweggründen, sondern die weit überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes entschlossen ist, bis zu einem Frieden weiterzukämpfen, der Entschädigung bringt für die erlittenen Verluste und die Grundlagen schafft für eine freie Entwicklung deutscher Wirtschaft und Kultur in der Welt. Mit der Gründung der Vaterlands-Partei hat die Volksabstimmung begonnen, die die wahre Mehrheit des deutschen Volkes feststellen wird!

2. Die Deutsche Vaterlands-Partei ist eine Einigungspartei und eine Volkspartei. Sie will Angehörige aller Parteirichtungen, Konfessionen und Berufsstände unter der Fahne des deutschen Siegs sammeln. Sie hat daher nichts mit innerer Politik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik zu tun. Sie läßt jedem seine Ueberzeugung auf diesem Gebiete. Sie mischt sich nicht in innerpolitische Angelegenheiten der Bundesstaaten und nimmt daher auch keine Stellung zu der preußischen Wahlrechtsreform. Sie ist auch nicht in der Lage, zu verhindern, daß, nachdem einmal innerpolitische Fragen aufgerollt worden sind, diese zwischen den Parteien erörtert werden. Wohl aber will sie verhindern, daß solche Erörterungen zu dem unheilvollen Zustande dauernden inneren Zwistes führen, unter dem wir vor dem Kriege gelitten haben, und den das deutsche Volk auf dem besten Wege ist, auch im Kriege wieder herbeizuführen. In diesem Sinne verpflichtet die Deutsche Vaterlands-Partei im § 3 der Satzung alle Mitglieder, „mit allen Kräften dahin zu wirken, daß bis zum Friedensschlusse der innere Zwist ruht". Es sollen also nicht Streitfragen um die Reichsverfassung mitten im schweren Daseinskampfe im Vordergrunde stehen und unsere Kräfte zerreiben, sondern alle Deutschen sollen unverwandt das Hauptziel ins Auge fassen: den Kampf gegen den äußeren Feind! Sie will ferner den unheilvollen Hader zwischen den Berufsklassen, zwischen Stadt und Land bekämpfen und dafür sorgen, daß die deutschen Erwerbsstände ihre Zusammengehörigkeit unter dem Gesichtspunkte des großen Zieles erkennen und beweisen. Ebenso will sie an ihrem Teile dazu beitragen, daß jeder religiöse Streit im Kriege schweigt. Sie macht ausdrücklich keinerlei Unterschied zwischen den Konfessionen.

3. Die Deutsche Vaterlands-Partei will in keiner Weise in die vielfach schon bestehenden Verbände und Einigungsorganisationen eingreifen. In der großen Schlachtlinie ist Platz für viele. Die Deutsche Vaterlands-Partei sammelt alle Kräfte auf das eine große Ziel, identifiziert sich aber nicht mit den einzelnen Organisationen.

4. Die Deutsche Vaterlands-Partei will weder auf Hurrapatriotismus, noch auf große Worte und Maßlosigkeiten hinaus. Was sie braucht, ist eiserne selbstlose Arbeit. Zeit ist nicht mehr zu verlieren! Der Welt muß gezeigt werden, daß nach drei schweren Kriegsjahren das deutsche Volk in ungebrochenem Siegeswillen festentschlossen ist, sich den Frieden zu erkämpfen, den es braucht!

Beitrittserklärungen sind zu richten an die Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vaterlands-Partei, Berlin W. 10, Viktoriastraße 30. Fernsprecher Lützow 5549.

Zahlstellen: Kaiserl. Postscheckamt Berlin, Nr. 85300; Deutsche Bank, Depositenkasse C., Berlin W. 9, Potsdamer Straße 134a. Jahresmitgliedbeitrag 1 Mk.

Arbeiterschaft, Demokratie und Frieden

Wie deutsche Arbeiter über die Demokratisierung und über den Verständigungsfrieden urteilen, geht aus einem Briefe hervor, den ein schlichter deutscher Arbeiter an einen rechtsstehenden Politiker gerichtet hat. Die „Politische Reichskorrespondenz" ist in der Lage, folgende Sätze daraus zu veröffentlichen:

„Die Meinungsverschiedenheiten über die politischen Fragen der Gegenwart gehen tiefer. Man findet sich kaum in dem Wirrwarr noch zurecht. Ich möchte mir erlauben, Ihnen einmal meine Meinung über die schwebenden Fragen zu unterbreiten, da ich annehme, daß gerade Sie sich dafür lebhaft interessieren werden, zu ersehen, wie ein Arbeiter die Angelegenheiten, als da sind: Demokratisierung, Neuorientierung, Verständigungsfrieden aufnimmt. Es ist meine Meinung, daß dem Arbeiterstande mit dem Schlagwort „Demokratisierung" nicht viel gedolfen ist. Es ist mir vollständig gleichgültig, ob die Minister konservativ sind oder liberal, d. h. vom Arbeiterstandpunkte aus betrachtet, wenn nur für den Arbeiterstand dabei etwas herauskommt. In Schul- und Kirchenfragen würde ich doch den „Konservativen" vorziehen. Die Hauptsache dürfte sein, daß die Herren das richtige Verständnis für die großen Fragen haben. Wenn man das Volksleben demokratisieren will, soll man doch unten anfangen und nicht oben. Dann müßte das deutsche Volk erst politisch erzogen werden, damit es auch in der Lage ist, seine Interessen in den Kommunen, Gerichten, Parlamenten zu vertreten. Man soll die Wege ebnen, um dem Tüchtigen aus dem Volke wirklich den Aufstieg zu ermöglichen. Ich glaube heute noch nicht, daß uns mit einer Demokratisierung viel geholfen ist, sondern daß überhaupt der Arbeiterstand noch wie vor auf seine Selbsthilfe angewiesen ist. Wenn ich die liberalen Parteien mir als Vorbild nehme und die Arbeiterführerpartei und das soziale Verständnis, das in diesen Parteien geherrscht hat, betrachte, dann überläuft es mich doch eiskalt. Denn gerade diese Parteien sind es gewesen, die nur bei Wahlen die Arbeiter kannten, sonst aber keinen Proletarier unter sich duldeten. Ich danke für eine Gelddemokratie. Ob die Sozialdemokratie andere Wege wandeln wird, dies zu beurteilen, bin ich nicht in der Lage. Daß sie aber das „Internationale" dem „Nationalen" vorziehen will bei Friedensverhandlungen, ist kein gutes Omen. Daß es bei dem ganzen Gerüchte der Scheidemänner nur darum geht, das Ansehen der Internationale, welches der Krieg in Stücke geschlagen hat, wiederherzustellen, denken werden Sie mir wohl recht geben.

Man glaubt im Reichstage, daß man mit dem Verneigen vor den feindlichen Wünschen und mit großen Reden den Frieden herbeiführen könnte; das Gegenteil ist der Fall. Als im Mai Scheidemann seine große Rede gehalten hatte und die Revolution in die Schranken rief, da sagten uns einige Tage später gefangene Franzosen „Allemagne revolution". Unsere Feinde benutzen alles, um ihre Soldaten von dem Niedergang Deutschlands zu überzeugen. Die letzte Offensive in Rußland und die Kämpfe in Flandern haben dem Frieden mehr gedient wie das Friedensgejammer im Reichstage. Was nun gar den Scheidemann-Frieden anbetrifft, sowie den Umstand, daß große Parteien sich festlegen und erklären, nichts nehmen zu wollen, das ist doch etwas Haarsträubendes. Ich glaube, daß es Zeit wird, daß das Volk da mal ein Veto einlegt, ähnlich wie bei der Zeppelinaffäre, wo sich der Reichstag ja auch so töricht benommen hat.

Wenn wir aus dem Kriege siegreich hervorgehen, müssen wir die See beherrschen von Flandern bis Reval. Die Heerstraßen zur See müssen England aus der Hand gewunden werden. Daß wir sonst noch nehmen, was wir brauchen können, versteht sich von selbst. So wünsche ich mir im Interesse der Arbeiter einen „deutschen Frieden". Hoffentlich hat die deutsche Autokratie, wie Wilson unsere volkstümliche Monarchie zu nennen beliebt, noch Macht genug, einen solchen Frieden zu verwirklichen."

Eine Umfrage des Verbandes Deutscher Beamtenvereine

Um über die Anschauungen der Beamten über die Besoldungsfragen Klarheit zu gewinnen, hat der Vorstand des Verbandes Deutscher Beamtenvereine an alle ihm angeschlossenen Vereine eine Umfrage gerichtet, um jedem einzelnen Verein Gelegenheit zu geben, die Stellungnahme seiner Mitglieder zu der Frage des Besoldungssystems zum Ausdruck zu bringen. Die Vereine sollen sich zu drei grundsätzlichen Fragen aussprechen:

1. Wird das seitherige Besoldungssystem, das ohne Berücksichtigung des Familienstandes ein nach der Dienststellung verschieden hohes, in Altersstufen aufsteigendes Gehalt neben einem nach Ortsklassen verschieden bemessenen Wohnungsgeldzuschusse gewährt, grundsätzlich für befriedigend erachtet;

oder 2. wird es für gerechtfertigt erachtet, den Wohnungsgeldzuschuß allgemein — ähnlich wie es im preußischen Lehrerbesoldungsgesetze geschehen ist — verschieden abzustufen für Verheiratete und Ledige ohne eigenen Hausstand;

oder 3. erscheint es gerechtfertigt und volkswirtschaftlich vertretbar, allgemein den Familienstand bei Bemessung der Beamten- und Lehrerbesoldung zu berücksichtigen? Wird diese Frage bejaht, welche Grundsätze sind dann für die Bemessung der Zulagen als gerecht und billig anzusprechen, prozentuale Zuschläge zum Einkommen oder feste Sätze, wie sie bei der Neuregelung der Teuerungszulagen gewährt sind; bis zu welchem Lebensalter würden die Zulagen für unversorgte Kinder zu gewähren sein?

Die Beantwortung dieser Fragen muß bereits bis zum 10. Oktober d. Js. erfolgt sein.

Teuerungszulagen in Ungarn

Budapest, 5. Okt. Der Ministerrat beschloß dem demnächst zusammentretenden Abgeordnetenhaus eine Gesetzesvorlage über eine 50 bis 100prozentige Kriegsunterstützung öffentlicher Beamten zu unterbreiten.

Aus dem Gerichtssaal

— **Bestrafung einer wucherischen Schleichhändlerfamilie.** Nach achttägiger Dauer ging in Köln der Prozeß gegen die Gutsbesitzerfamilie Bremer zu Ende, der großes Aufsehen deshalb erregte, weil zahlreiche hochstehende Personen in diesen Prozeß verwickelt wurden. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, heimliche Viehschlachtungen vorgenommen und Fleisch zu hohen Preisen an bemittelte Bürger, Restaurants und große Warenhäuser abgesetzt zu haben. Ferner wurde ein flotter Handel mit Milch, Butter, Sahne, Käse und Mehl zu hohen Preisen betrieben. Durch die Abgabe von Lebensmitteln an zahlreiche Kölner Familien sind etwa hundert Nebenprozesse entstanden, die demnächst zur Verhandlung kommen. Der Staatsanwalt hatte gegen die Hauptangeklagten, Mutter und Sohn, zwei bzw. drei Jahre Gefängnis sowie insgesamt 120 000 Mark Geldstrafe beantragt. Das Gericht verhängte folgende Strafen: Josef Bremer jun. 15 Monate Gefängnis und 54 200 Mk. Geldstrafe, Frau Bremer ein Jahr Gefängnis, 24 600 Mk. Geldstrafe, Josef Bremer sen. 8000 Mk. Geldstrafe, Michael Bremer vier Monate Gefängnis, 19 500 Mk. Geldstrafe, Paul Bremer 500 Mk. Geldstrafe. Es wurde Haftsucht als Triebfeder zu den Verfehlungen angesehen.

(Nachdruck verboten.)

Geheimnisse und Wunder

24] Von Gertrud von Stokmans.

„Ja," erwiderte Mari verächtlich, „wenn man so eine Schlafmütze ist, wie Du, kann man sich mit dem Abwarten begnügen, mir aber macht es Spaß, den Dingen nachzuspüren und die Motive herauszufinden, welche die Handlungen der Menschen bestimmen. Das ist viel lehrreicher und amüsanter, indessen, in diesem Falle suche ich vergebens danach. Ja, wenn Sabett eine glänzende, imponierende Schönheit und Anmut, könnte man glauben, Mama wolle sich ihrer bedienen, um die Erinnerung an Estelle ganz aus Berties Herzen zu verdrängen, aber unser bescheidenes Veilchen eignet sich für diese Aufgabe nicht im geringsten und ist selbst ganz erstaunt über die Auszeichnung, welche ihr plötzlich von Mutter und Sohn zuteil wird."

Ja flocht ihr Haar in zwei lange Zöpfe. „Mit Estelle hat Mama doch recht," meinte sie nachdenklich. „Die konnte er wirklich nicht heiraten die paßte nicht in unsere Familie."

„Weshalb denn nicht?" fragte Mari scharf.

„Nun, sie war doch eine Ausländerin und hat keinen Namen und kein Geld. Außerdem glaube ich nicht, daß sie Engelbert liebt. Sie hat seine Neigung geweckt und angenommen, aber sie war nicht in der Lage, sie zu erwidern. Sie konnte und durfte es wahrscheinlich nicht, ganz abgesehen von Mamas energischem Widerstand gegen eine solche Partie."

Mari war ganz sprachlos vor Erstaunen. „Wie kommst Du denn auf diese Idee?" fragte sie lebhaft.

Marie Luise lächelte. „Ich habe meine guten Gründe, Kind. Du nennst mich die Schlafmütze, aber ich mache auch meine Beobachtungen. Ich rede nur nicht immer davon."

„Aber Estelle kennst Du doch nicht besser als ich."

„Vielleicht doch, Mari, und das ist ganz natürlich. Dich fürchtete sie. Vor Deinem Scharfblick und Deiner flinken Zunge war sie immer auf der Hut, während ich, mit meiner angeborenen Gelassenheit und scheinbaren Gleichgültigkeit, ihr ganz ungefährlich erschien und sie dazu verleitete, die gebotene Vorsicht zuweilen außer acht zu lassen. Ich denke mir, wenn man eine Rolle spielt, kann man sie nicht immer und unter allen Umständen durchführen, man bedarf zuweilen auch der Ausspannung und läßt sich gehen, wenn auch nur für kurze Zeit. Bei Estelle trat dieser Rückschlag immer nur in meiner Gegenwart ein, nie in der Deinen. Sie hatte auch Vertrauen zu mir, schon weil ich ihr im Alter am nächsten stand, und hätte sich vielleicht gern gegen mich ausgesprochen, aber sie wagte es nicht, und so blieb ich auf meine eigenen Wahrnehmungen angewiesen."

„Und was verrieten Dir diese?"

„Daß sie etwas zu verbergen hatte und von einer schweren Sorge, vielleicht sogar von einer Schuld, zu Boden gedrückt wurde."

„Das hast Du aber nie gesagt, nie angedeutet," meinte Mari vorwurfsvoll. „Du hättest doch Mama und mich gleich verständigen können."

„Wozu?" war die ruhige und ernste Erwiderung. „Ihr wäret gleich mit Feuer und Schwert dazwischen gefahren, und Estella hat mir leid, ich wollte sie nicht noch unglücklicher machen, als sie ohnehin war. Du weißt, sie vermied es nach Möglichkeit, über ihre Vergangenheit und ihre Verwandten zu sprechen, und meinte, letztere wären alle tot, aber sie bekam doch zuweilen Briefe aus Brüssel, die sie wiederholt las, und danach sah sie müde, abgehetzt und fast verzweifelt aus. Ich hatte ja auch keine Beweise, sondern nur Mutmaßungen, und ehe diese zu einer Gewißheit wurden, kam Mamas Kündigung und Estellas unerwartete Abreise. Damit war jede Gefahr, auch für Engelbert beseitigt, und es lag kein Grund vor, Mamas Groll und Mißtrauen gegen das arme Ding noch zu steigern."

Mari stimmte ihr bei, bedauerte aber, daß Marie Luise ihre Beobachtungen nicht hatte länger fortsetzen können.

„Gut, daß sie fort ist, unsere schöne, sanfte Estelle," sagte sie, dadurch ist die ganze fatale Angelegenheit aus der Welt geschafft. Doch ihr Geheimnis, wenn ein solches wirklich vorhanden war, hätte ich gern erraten dürfen. Du mußt mir nachher noch mehr von Deinen Beobachtungen erzählen. Die interessanten Dinge stehen immer nur in den Büchern und in Zeitungen; wir selbst erleben keine. Was aber Engelbert betrifft, so hat er sich eher getröstet, als ich dachte. Mein Mitleid mit ihm war wirklich verschwendet. Zuerst war er sehr niedergeschlagen, aber jetzt hat er sich mit Estelles Verlust offenbar abgefunden, und ich begreife nicht, daß er nicht den geringsten Versuch machte, etwas über den Verbleib des jungen Mädchens zu erfahren. Erst wollte er sie zu seiner Frau machen, und dann gab er sie Mamas weiser, aber grausamer Willkür vollkommen preis. Ich begreife das nicht. Das Feuer, das so schnell verlöschte, kann doch nur ein Strohfeuer gewesen sein."

„Oder eine heilige Flamme, die heimlich weiter brennt, von niemand gesehen," warf Marie Luise lächelnd ein. Engelbert ist viel verschlossener, als man denkt, und wer weiß, welche Ueberraschung er uns noch eines Tages bereitet." —

Wie dem auch sein mochte das Verhalten des jungen Offiziers war seit der Unterredung mit seiner Stiefmutter vollkommen einwandfrei. Er kam noch häufiger als sonst nach der Maienburg, und wenn er von dort auch zuweilen nach dem roten Turm hinunterradelte, um Onkel Eberhard zu besuchen, so blieb er doch niemals länger als ein halbes Stündchen und kehrte stets angeregt befriedigt zu den Damen zurück.

Die Gräfin glaubte überhaupt, die Zügel in der Hand zu haben und den Schicksalswagen im selbstgewählten Gleis erhalten zu können, in Wirklichkeit war aber alles anders, als es aussah, und Graf Engelbert folgte einem höheren Gebot, als dem, das seine Stiefmutter in nüchterner Auffassung seiner Lage und praktischer Fürsorge für ihn aufgestellt hatte.

Nur Sabett ging bis zu einem gewissen Grade ahnungslos auf ihre Intentionen ein und wäre vollkommen glücklich gewesen, wenn sie den Mut gehabt hätte, unbedingt an dieses Glück zu glauben. Mit einem Schlage sah sie sich nicht nur geduldet und wohlgelitten, sondern innerhalb der Familie in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, und ihr Selbstbewußtsein, das nie Gelegenheit gehabt hatte, sich normal zu entfalten, hob sich unter diesen Umständen wie eine Blume, welche man aus dem Schatten in die Sonne verpflanzt. Sie wurde sicherer, heiterer, unbefangener, und wagte es, mehr aus sich herauszugehen, aber sie wurde nicht übermütig und eingebildet. Ihre Bescheidenheit, welche die eigene Persönlichkeit nie überschätzte, ließ sie immer wieder nach Gründen für diesen jähen Umschwung suchen, und so nahm sie auch Engelberts huldigende Annäherung mehr mit schüchternem Staunen, als gläubiger Freude und offener Befriedigung entgegen.

Sabetts Herz verhielt sich auch diesmal ganz passiv. Sie mochte den netten Stiefvetter gern leiden und bewunderte ihn, wie man einen eleganten, flotten Bruder bewundert. Sie hätte ihn auch ohne Widerspruch geheiratet, um mit der Familie Turner noch enger verknüpft zu sein, wenn sie überzeugt worden wäre, daß sie zu seinem Glück wirklich notwendig sei, aber sie liebte ihn nicht, und sein Verhalten ihr gegenüber enthielt Schwankungen und Widersprüche, die sie mit Worten nicht nachweisen konnte, aber trotzdem mehr oder minder deutlich empfand. In Gesellschaft und in Gegenwart seiner Mutter widmete er sich Sabett mit einer Wärme und Selbstverständlichkeit, die scheinbar keinen Zweifel über seine Absichten zuließ, waren sie aber allein, fiel er in die Rolle des guten Freundes und Kameraden zurück oder kämpfte mit einer Befangenheit, die ihn wortkarg machte und dem jungen Mädchen vollends rätselhaft erschien. Allmählich steigerte sich dieselbe noch. Der Wunsch, ihr eine vertrauliche Mitteilung zu machen, sich offen gegen sie auszusprechen, trat mit der Zeit immer klarer hervor, und Engelbert machte allerlei Versuche, ihn auszuführen, aber nun war es Sabett, welche jedes längere Alleinsein mit ihm vermied.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191710061-16/fragment/page=0003

Provinz Sachsen und Umgebung

Das Eiserne Kreuz

Mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse wurden ausgezeichnet: Bataillonsadjutant Karl Topschall aus Zeitz, Rittm. Regierungsrat Steuer aus Schmalkalden, Rittm. Goebel aus Aschersleben, Wachtm. W. Räuchardt aus Bürgel (Thür.), Ltnt. d. Ref. Paul Marsch aus Meineweh, Vizefeldw. Otto Bloß aus Remschütz, Ltnt. Lehrer Georg Pfuhl aus Weidenhausen, Unteroffiz. Karl Wellenschläger aus Geschwenda, Major Zwirnmann aus Freyburg (Unstrut), Obermaat Herm. Katzra aus Sömmerda, Ltnt. Martin Patzer aus Wernburg, Vizefeldw. Knopf aus Hellborn, Hauptm. d. Ref. Ingenieur Alwin Lüderitz, Ltnt. d. Ref. Albert Wolter, Ltnt. Walter Ballin, Ltnt. Reichert, Ltnt. Günter Haselhorst und Divisionsintendant Rechnungsrat Koher, sämtlich aus Magdeburg, Ltnt. Max Naue und Ltnt. Paul Richard, beide aus Erfurt, Fliegerleutnant Viktor Neumann und Oberarzt Dr. Ruschke, beide aus Weimar, Ltnt. Richard Junkelmann, Unteroffiz. Kurt Kühling und Ltnt. d. Ref. Franz Wagner, sämtlich aus Jena, Ltnt. d. Ref. Max Pflänzel und Unteroffiz. Arno Grießmann, beide aus Saalfeld.

Aus Landes- und Stadtparlamenten

Verbandstagungen — Wahlen

— **Eisleben**, 5. Okt. (Für die Landtagsersatzwahl im Mansfelder Kreise) am 24. Oktober wurde an Stelle des zum Oberpräsidenten ernannten Abgeordneten von Hassel der konservative Rittergutsbesitzer Regierungsassessor Bartels in Waldeck aufgestellt. Gegenkandidaturen unterbleiben.

— **Dresden**, 5. Okt. (75 000 Mark für Darkehmen.) Die Stadtverordneten bewilligten für Dresdens Patenstadt 75 000 Mark. Angesichts der finanziellen Lage der Stadt erfolgte die Bewilligung nicht ohne Widerspruch.

Industrie- und Verkehrsfragen

= **Staßfurt** 5. Okt. (Keine Paketbestellung mehr?) Die Post beabsichtigt, wie es heißt, demnächst die Paketbestellung einzustellen. In verschiedenen anderen Orten ist das wegen Hilfspersonal- und Gefangenenmangel ja schon geschehen. Den Empfängern werden die Paketadressen von den Briefträgern überbracht; die Empfänger müssen sich die Pakete von der Post abholen.

— **Dessau**, 5. Okt. (Die Straßenbahn) konnte den Betrieb nicht eröffnen, weil ihr der Strom ausgegangen war. Der Kohlenmangel ist daran schuld.

Krankheiten und Unglücksfälle

K. **Bitterfeld**, 5. Okt. (Vom Zuge getötet.) In der Nähe des Bahnhofs wurde der auf dem Eisenbahnkörper beschäftigte 60jährige Arbeiter Lukarzewcz aus Holzweißig von einem durchfahrenden Schnellzuge überfahren und getötet. Vermutlich hat der Verunglückte den Warnungsruf bei Annäherung des Zuges überhört.

— **Aschersleben**, 5. Okt. (Tödlich verunglückt.) Der Landwirt Faßhauer ist am Dienstag, als er eine Fuhre Kartoffeln nach Hause fahren wollte, beim Aufsteigen vor die Räder seines Fuhrwerkes gefallen. Der Wagen fuhr über ihn weg und zertrümmerte seinen Brustkorb. Der Verunglückte ist jetzt im Krankenhause seinen Verletzungen erlegen.

Diebstähle und andere Straftaten

K. **Gräfenhainichen**, 5. Okt. (Der Wilddieb), der den Rittergutsförster Haase aus Radis durch Messerstiche erheblich verletzt hatte, ist als ein auf der Domäne Strohwalde beschäftigter russisch-polnischer Arbeiter ermittelt worden. Der Täter ist flüchtig.

— **Leipzig**, 5. Okt. (Die Schließung des Konfektionshauses Aug. Polich) durch die Reichskleiderstelle erregt hier großes Aufsehen. Dieser Tage trafen Revisoren der Reichskleiderstelle bei der Firma ein und ordneten die einstweilige Schließung des Geschäfts an. Die Geschäftsleitung vermutet, daß es sich um eine Denunziation handelt; sie versichert, daß keine gesetzwidrigen Verkäufe vorgekommen seien. Die Revision soll 8 bis 10 Tage dauern.

Verschiedene Nachrichten

— **Staßfurt**, 5. Okt. (Hohe Pacht.) Bei der kürzlich stattgehabten Verpachtung des alten Petrikirchhofes wurden für das etwa 1½ Morgen große Gelände rund 400 M. jährliche Pacht erzielt. Für die 1/10 Morgen große Parzelle wurden durchweg 28 M. Pacht erreicht.

— **Markneukirchen**, 5. Okt. (Spiel des Zufalls.) Der Soldat Schilbach von hier erhielt im Felde eine Depesche mit der Nachricht: „Mutter gestorben." Er bekam sofort Urlaub und reiste heim. Wie staunte er, als er die Mutter gesund und vergnügt antraf. Die Nachricht war vermutlich für einen anderen Schilbach bestimmt gewesen. So kam der Tag der Abreise heran. An ihm erlitt Frau Schilbach einen Herzschlag, der ihrem Leben ein Ziel setzte.

Aus Halle und Umgebung

Halle, 6. Oktober.

Wild

§ 1. Für den Stadtbezirk Halle wird als Wildabnahmestelle die Wildhandlung Franz Wittig, Ankerstraße 12 (Fernruf 4133), errichtet. Die vorgeschriebene Anzeige über bevorstehende Treibjagden im Stadtbezirk Halle ist an diese Stelle spätestens am Tage vor der Jagd zu erstatten; an diese Stelle ist auch der durch Verordnung des Bundesrats festgesetzte Anteil der Strecke abzuliefern. Hinsichtlich der Ablieferungspflicht gilt für die im Stadtbezirk Halle stattfindenden Treib- und ähnlichen Jagden für die von einer Mehrheit von Schützen erlegte Strecke Folgendes:

a) Jagdstrecken bis zu 3 Stück Schalenwild (Rot-, Dam-, Schwarz- und Rehwild) bleiben zur freien Verfügung des Jagdberechtigten mit der Maßgabe, daß ihr Verkauf nur unmittelbar an Verbraucher oder an zugelassene Wildhändler erfolgen darf. Der drei Stück überschreitende Teil der Jagdstrecke ist an die Wildabnahmestelle abzuliefern; b) Bei den Jagdstrecken an Niederwild (Hasen, Kaninchen, Fasanen) bleibt im Allgemeinen ein Drittel, mindestens aber 10 Stück den Jagdberechtigten zur freien Verfügung, mit der Maßgabe, daß ein Verkauf auch hier unmittelbar an Verbraucher oder zugelassene Wildhändler stattfinden darf. Zwei Drittel der Strecke sind an die Wildabnahmestelle abzuliefern. Ist die Jagdstrecke so groß, daß bei der Drittelung dem Jagdberechtigten mehr als 50 Stück Niederwild verbleiben würden, so ist auch der diese Höchstgrenze von 50 Stück übersteigende Betrag der Abnahmestelle abzuliefern. Bei gemischten Strecken von Schalen- und Niederwild bleiben dem Jagdberechtigten als Mindeststrecke ein Stück Schalenwild und 5 Stück Niederwild. Der Jagdberechtigte ist verpflichtet, über das gesamte Ergebnis seines Jagdbetriebes einschließlich der Such- und Anstand-Pirschjagden genaue Listen zu führen, aus denen die Jagdart, der Tag der Erledigung und der Verbleib des Wildes zu ersehen sein muß. Dem Magistrat steht die Einsicht in diese Listen frei. Ferner hat der Jagdberechtigte von dem Ergebnis jeder Jagd unter Angabe der Art und Stückzahl des erlegten Wildes binnen drei Tagen dem Magistrat, Ernährungsamt, Mitteilung zu machen. Die errichtete Annahmestelle ist als Wildempfangsstelle zugleich berechtigt und verpflichtet, das von Jagden im Saalkreis und im Kreise Merseburg gemäß Anordnung der Preußischen Hauptwildstelle an die Stadt Halle abzuliefernde Wild im Empfang zu nehmen.

§ 2. Die Wildabnahme- und Empfangsstelle hat das ihr zugeführte Wild sachgemäß zu behandeln und gemäß den Anordnungen des Magistrates der Stadt Halle unter dessen Kontrolle den Verbrauchern zuzuführen.

§ 3. Die unentgeltliche Abgabe von Wild unmittelbar an Verbraucher ist nur den vom Magistrat der Stadt Halle zugelassenen Wildhändlern gestattet. Zugelassen zum Wildhandel wird nur, wer diesen bereits vor dem 1. August 1914 betrieben und seitdem fortlaufend steuerzahlend ausgeübt hat. Die Geschäfte werden durch ein von ihnen ausgehängtes Schild: „zugelassen zum Handel mit Wild" kenntlich gemacht. Für die Zulassung zum Wildhandel ist eine sofort zahlbare jährliche Abgabe von 5 Mk. an das Stadternährungsamt zu entrichten. Die zugelassenen Wildhändler werden vom Magistrat der Stadt Halle mit einem Ausweise versehen.

§ 4. Die Wildabnahme- und Wildempfangsstelle ist verpflichtet, über das ihr zugeführte Wild Bücher zu führen, aus denen der Tag des Abschusses, Art, Stückzahl und Gewicht des empfangenen Wildes, der Name des Jagdberechtigten, der Tag der Abholung und der Tag der Weiterlieferung, Art, Stückzahl und Gewicht des weiter gelieferten Wildes sowie der Name des Empfängers zu ersehen sein muß.

§ 5. Die Höchstpreisverordnung des Magistrats vom 29. November 1916 bleibt in Geltung.

§ 6. Wer den vorstehenden Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung des Wildes, auf das sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob es dem Täter gehört oder nicht.

§ 7. Die Verordnung tritt mit der Bekanntmachung in Wirksamkeit.

Wochenhilfe für Ehefrauen Hilfsdienstpflichtiger

Der Bundesrat hat am 5. Juli 1917 eine Verordnung beschlossen, nach der deutsche Wöchnerinnen während der Geltungsdauer des Hilfsdienstgesetzes aus Reichsmitteln eine Wochenhilfe erhalten sollen, wenn 1. der Ehemann eine Beschäftigung im Sinne des Hilfsdienstgesetzes ausübt, und im letzten Jahre vor der Niederkunft seiner Ehefrau mindestens sechs Monate hindurch ausgeübt hat, 2. seine wirtschaftliche Lage sich infolge seiner Beschäftigung im Hilfsdienst nachweislich verschlechtert hat, und 3. ein Bedürfnis für die Beihilfe besteht. Bei Hilfsdienstpflichtigen, die durch besondere schriftliche Aufforderung nach § 7 des Hilfsdienstgesetzes herangezogen worden sind, bedarf es nicht des Nachweises einer Beschäftigung im Hilfsdienst vor der Niederkunft. Der Beschäftigung des Ehemannes vor der Niederkunft steht natürlich die Leistung von Kriegs-, Sanitäts- und ähnlichem Dienste gleich. Ebenso erhalten die Wochenhilfe solche Wöchnerinnen, die selbst im Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch im Hilfsdienst beschäftigt waren. Auf diese sechs Monate wird ihnen die Zeit einer Beschäftigungslosigkeit unmittelbar vor der Niederkunft bis zu vier Wochen angerechnet. Die Wochenhilfe wird endlich auch für ein uneheliches Kind geleistet, wenn in der Person des Vaters die oben für den Ehemann angegebenen Voraussetzungen zutreffen, und seine Verpflichtung zur Gewährung des Unterhaltes festgestellt ist. Für die Anerkennung des „Bedürfnisses" ist eine Einkommenhöchstgrenze festgesetzt, 2500 Mk. bei dem Vater, 1500 bis 2500 Mk., je nach der Kinderzahl, bei unverheirateten Wöchnerinnen. Hinsichtlich des Umfanges der Leistungen schließt sich die neue Fürsorge eng an die Bestimmungen der bereits bestehenden Verordnungen an. Die Anträge usw. sind bei Versicherten, je nach Lage der Verhältnisse, an die Krankenkasse, den Arbeitgeber oder die See-Berufsgenossenschaft zu richten, in allen anderen Fällen unmittelbar bei der Kommission der Lieferungsverbände zu stellen, die für die Prüfung der Wirtschaftslage der Beteiligten infolge ihrer gleichartigen Tätigkeit auf dem Gebiete der Mannschaftsunterstützung bereits umfassende Erfahrung besitzen. Die übrigen Bestimmungen decken sich zum größten Teil mit den für die Wochenhilfe für die Ehefrauen der Kriegsteilnehmer usw. nach der Bekanntmachung vom 23. April 1915 in Kraft befindlichen.

Fünf Minuten Redezeit im Stadtparlament

Infolge der jüngst in Königsberg i. Pr. erfolgten Beleuchtungseinschränkungen zum Zwecke der Kohlenersparnis, beschloß die Stadtverordnetenversammlung in Abänderung der Geschäftsordnung, die Redezeit ausnahmslos auf fünf Minuten, die Sitzungsdauer möglichst auf zwei Stunden zu beschränken.

In unserem Stadtparlament pflegen die einzelnen Reden selten länger als fünf Minuten zu dauern, doch treten diese Reden oft so massenhaft auf, daß eine zweistündige Dauer der Sitzungen weit überschritten wird. Aus Gründen geschichtlicher Wahrheit müssen wir jedoch feststellen, daß man sich in dieser Kriegszeit zumeist einer weisen Beschränkung befleißigt, ganz abgesehen davon, daß Sitzungen nur in dringenden Fällen abgehalten werden. In dieser Hinsicht wird kaum eine sonderliche Lichtersparnis zu erzielen sein. Wohl aber dürfte sich eine gewisse Einschränkung in der Beleuchtung des Sitzungssaales selbst erzielen lassen, denn ohne daß wir besonders darauf hinzuweisen brauchen, wie weitsichtig unsere Versammlung an sich schon ist und also nicht unnötig erleuchtet zu werden braucht, kann auf alle Fälle die eine und andere Flamme eingezogen werden.

— **Höchstpreise für Gänsefleisch und Gänsefett.** Obgleich für die meisten Leser der Genuß von Gänsebraten und Gänsefett eine Mär aus vergangenen Zeiten bedeutet, wird sie es immerhin interessieren, zu erfahren, welche Höchstpreise der Berliner Magistrat für ein Pfund Gänsefleisch oder Gänsefett festgesetzt hat. Ob solche Höchstpreise auch für Halle in Aussicht genommen werden, steht dahin. Vielleicht daß solche Festsetzung nicht beliebt wird, weil man aus Erfahrung weiß, daß dann Gänse überhaupt nicht hierher gelangen. In Berlin sollen also folgende Preise für 1 Pfund nicht überschritten werden: Liesenfett 10 Mk., Bauchfett 7 Mk., Darmfett 8 Mk., Leber 9 Mk., Keulen 6,50 Mk., Brust ohne Knochen 9 Mk., Stückenfleisch 4,30 Mk., Rümpfe mit Brust und Keulen ohne Därme und ohne zum Klein zugehörige Teile 6,25 Mk., Brust mit Knochen 8,80 Mk., Brustknochen 5 Pfg.; Klein: Kopf mit Hals, 2 Flügel, 2 Füße, Magen und Herz, gerupft, auch ohne Spitzflügel 4 Mk. (je Stück), Schmalz 14 Mk. (je Pfund), Grieben 10 Mk., Gänsebraten 11 Mk., Gänseweißsauer 10 Mk., Gänseleberwurst 8 Mk. Gänseleberpastete darf nur zu den durch den Verband der Hersteller von Gänseleberpasteten festgesetzten und auf der Packung oder dem Behältnis durch den Hersteller angebrachten Verkaufspreisen an Verbraucher abgegeben werden. — Beim Verkauf von geräuchertem Gänsefleisch in Teilen und von aus Gänsen hergestellten Erzeugnissen dürfen folgende Preise für 1 Pfund nicht überschritten werden: Brust mit Knochen im ganzen 11,50 Mk., ohne Knochen im ganzen 12,50 Mk., im Ausschnitt 13 Mk., Keulen 9 Mk.

— **Warnung.** Durch die mißbräuchliche Benutzung von Wein-, Bier-, und Mineralwasserflaschen zur Entnahme und Aufbewahrung von gesundheitgefährdenden und ekelerregenden Flüssigkeiten (Petroleum, Benzin, Salmiakgeist, Laugen usw.) sind wiederholt Unglücksfälle, Vergiftungen und sonstige gesundheitliche Schädigungen vorgekommen. Es wird daher vor der Benutzung solcher Flaschen zum Aufbewahren derartiger Flüssigkeiten dringend gewarnt und empfohlen, hierzu nur die von den Mitgliedern des hiesigen Bezirksvereins im Deutschen Drogisten-Verbande von 1873 (E. V.) eingeführten dreieckigen Flaschen zu verwenden.

Börsen- und Handelsteil

Wochenbericht der Berliner Produktenbörse

In der am 3. Oktober abgeschlossenen Berichtswoche fanden in Sämereien wegen Mangels an Ware im freien Verkehr nur ganz geringfügige Umsätze statt. Auch das Geschäft in Saatgetreide hielt sich in recht bescheidenen Grenzen. Recht lebhaft gestaltete sich dagegen der Handel in Kohlrüben, Runkelrüben und Möhren. Für diese drei Artikel zeigten die Kommunen außerordentlich starke Kauflust, offenbar waren sie bestrebt, ihren Bedarf für den Winter zu decken. Im Handel mit Heu und Stroh ist es sehr still geblieben, da Material für den freien Verkehr bei den gegenwärtig obwaltenden Verhältnissen nicht zu beschaffen ist. Für den Absatz aller Rauhfuttermittel bietet sich natürlich nach wie vor bei andauernd reger Nachfrage reichliche Gelegenheit. Der Begehr nach Heidekraut, sowohl zu Mahl- wie zu Streuzwecken, konnte wegen der noch nicht behobenen Schwierigkeiten für die Beschaffung des Materials in genügend großer Menge wieder nicht befriedigt werden.

Nichtamtlich wurden nachstehende Preise bekannt: Saatgut 100 kg ab Station: Sommerwicken 65 M., Vogelwicken 43 M., Heu ab Station (Höchstpreise plus Handelszuschlag): Wiesen- und Feldheu 8,40 M., gepreßtes 8,60 M., Kleeheu 9,40 M., gepreßtes 9,60 M. Stroh, ab Station: Flegeldruschstroh 4,80 M., Maschinendruschstroh 4,30 M., gepreßtes 4,75 M. Häcksel, ab Station: 5,30 M., und 35 Pf. für Leihsäcke. Heidekraut ab Station: 2,50—3 M. Schilfrohr ab Station, Schnitt vor der Blüte 4—4,50 M.; alles Rauhfutter für 50 kg.

Devisenkurse

Berlin, 5. Oktober. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

	Geld	Brief
Holland	303¾	304¼
Dänemark	221	221½
Schweden	244¾	245¼
Norwegen	221¼	221¾
Schweiz	152¼	152½
Oesterreich-Ungarn	64,20	64,30
Bulgarien	80¾	81¼
Konstantinopel für ein türkisches Pfund	20,20	20,30
Spanien für 100 Pesetas	130½	131½

Börsenstimmungsbild

Berlin, 4. Oktober. Bei leichten Schwankungen und ruhigem Geschäft war die Kursentwicklung heute überwiegend leicht nach unten gerichtet. Kauflust erhielt sich für Kohlenwerte, Auer waren stärker rückgängig, da anscheinend die Ausschüttung nicht ganz befriedigt. Auch Erdöl und Rheinmetall bröckelten ab. Schiffahrtsaktien sowie türkische Werte lagen still und etwas schwächer, dagegen waren österreichische Werte höher. Kauflust bestand unter Führung von Heldburg für Kaliaktien.

Produktenbericht.

Berlin, 4. Oktober. Im hiesigen Warenverkehr zeigte sich stärkere Nachfrage für Runkelrüben zu Futterzwecken; es stand jedoch nur wenig Ware zur Verfügung, da die Landwirte zu den bestehenden hohen Preisen wenig Neigung zeigen, Ware abzugeben. Im Rauhfutter- und Saatenmarkt war es still.

— **Zeichnungen zur 7. Kriegsanleihe.** Die der Verwaltung des Königlichen Provinzial-Schulkollegiums unterstehenden Institute zeichneten: die Landesschule Pforta 670 000 M., das Kloster Unser Lieben Frauen 1 622 000 M. und die Kloster Bergesche Stiftung 5 029 000 M., insgesamt 7 721 000 M., Gothaer Lebensversicherungsbank 10 Millionen Mark, Sparkasse für das Herzogtum Gotha 3½ Millionen M., Thüringische Landesversicherungsanstalt in Weimar 6 Millionen M., Stadt Erfurt 2 Millionen M., Gummiwerk Fulda A.-G. 250 000 M.

— **Deutsche Gasglühlicht-Akt.-Ges. (Auer-Gesellschaft) in Berlin.** In der Aufsichtsratssitzung berichtete der Vorstand über das abgelaufene Geschäftsjahr. Die Betriebe waren infolge der Arbeiten für die Landesverteidigung bis zur äußersten Grenze des Möglichen beschäftigt. Die Umsätze haben sich hierdurch auch in diesem Jahre wieder gegenüber dem Vorjahre gehoben. Gegenüber dem stärksten Friedensjahre der Gesellschaft betragen sie das Dreifache. Der Gewinn hat sich nicht im gleichen Verhältnis gehoben. Er beträgt 14 356 675 ℳ. Es wird vorgeschlagen, auf 8 800 000 ℳ Vorzugsaktien und 1965 Stammaktien Lit. C je 5 Proz., ferner auf 7 935 000 Stammaktien Lit. A 25 Proz. Dividende zu verteilen. Außerdem sollen bis 1984 Stammaktien Lit. A in Aktien Lit. C (also auf je 4 Stammaktien Lit. A eine) unter Zuzahlung von 4000 ℳ per Stück in Aktien Lit. C umgewandelt werden. Ferner soll eine gleiche Anzahl von Vorzugsaktien zum Preise von 107 ℳ pro Stück zurückgekauft werden, und zwar ohne Dividendenschein für das abgelaufene Geschäftsjahr. Die Aktien Lit. C sind solche Aktien, die auf Grund des Beschlusses der letzten Generalversammlung als Aktien minderen Rechts (20 Prozent weniger Dividende als die Aktien Lit. A abgestempelt wurden.

— **Die Elbeschiffahrt** liegt infolge des dauernd sehr niedrigen Wasserstandes sehr darnieder. Die Tauchtiefe der Kähne ist sehr gering; große Schiffe können kaum noch fahren. Dieser Zustand wirkt in gegenwärtiger Zeit besonders störend für den Transport von Kohlen und von landwirtschaftlichen Produkten. Im Gebiet der Mittelelbe ist in den letzten Tagen infolge einiger Niederschläge ein geringes Steigen des Wassers zu verzeichnen, doch wird vom Oberlauf und vom Unterlauf noch Fallen des Wasserstandes gemeldet.

Letzte Telegramme

Delambros und Skoludis verhaftet

Paris, 5. Okt. Havas meldet aus Athen: Delambros, der sich weigerte, zum Verhör vor der parlamentarischen Kommission zu erscheinen, wurde seine Verhaftung angeordnet. — „Temps" meldet aus Athen, daß auch Skoludis aus demselben Grunde verhaftet wurde.

Vom südslavischen Klub

Wien, 5. Okt. Der „Parlamentarischen Korrespondenz" zufolge beschloß der Südslawische Klub gegen das Budget-Provisorium zu stimmen und auch in allen andern Angelegenheiten oppositionell vorzugehen.

Vernunft — Vorteil — Vaterlandsliebe gebieten Dir: Zeichne Kriegsanleihe!

Verantwortlich:

für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Oertliches, Landwirtschaftliches, Gerichtssaal und Sport: Heinrich Mieschner; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: Georg Fernandes; für den übrigen Teil: Dr. Hans Simon; für den Anzeigenteil: Otto Kreibohm, sämtlich in Halle.

Alle Zuschriften in Bezugs- und Anzeigenangelegenheiten sind nur an die „Geschäftsstelle der Halleschen Zeitung" zu richten, dagegen die Schriftleitung betreffende Zuschriften nur an die „Schriftleitung der Halleschen Zeitung".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191710061-16/fragment/page=0004